

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 39. Rat 2004-2009 Sitzungsdatum: 09.12.2008 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 09.12.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg,

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

- A) **Öffentliche Sitzung**
1. Einführung und Verpflichtung einer Stadtverordneten
 2. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
 3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.04.2008 aus öffentlicher Sitzung
 4. Vorstellung und Beratung von Baukonzepten für das Grundstück am Rathausplatz
 5. Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen
hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
 6. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Fa. Davids in Frelenberg,
hier: Verkauf des städtischen Grundstücks
 7. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 10. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
 8. Bebauungsplan Nr. 85 - David-Hansemann-Straße - 2. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
 9. Forstwirtschaftsplan 2009
 10. Beteiligung am Verfahren zur Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln
hier: Sachlicher Teilabschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz, Teil 2: Region Aachen, Wassereinzugsgebiet der Rur
 11. Regionales Gewerbeflächenmanagement - Fortschreibung 2009

12. Einführung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts mit pädagogischer Übermittagsbetreuung am Carolus-Magnus-Gymnasium und der Städt. Realschule
13. Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg
14. Prüfung der Jahresrechnung 2007 und Entlastung des Bürgermeisters
15. Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Antrag nach § 50 III 5 GO NRW der CDU-Fraktion vom 19.11.2008
16. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 16.1. Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Vorschlag der SPD-Fraktion nach § 50 III 5 GO NRW vom 28.11.2008
- 16.2. Umbesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen
hier: Vorschlag der SPD-Fraktion nach § 50 IV 3 GO NRW vom 28.11.2008
- 16.3. Benennung eine/r/s Vertreter/s/in des Schulträgers mit beratender Stimme nach § 61 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Bestellung der Schulleiterin oder des Schulleiters)
17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
18. Einwohnerfragestunde

Anfragen
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
19. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.04.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung
20. Vergabeangelegenheiten
- 20.1. Abschluss eines Beratungsvertrages mit der GPA NRW im Rahmen der örtlichen Rechnungsprüfung der Eröffnungsbilanz
21. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 21.1. 28. Bürgerempfang der Stadt Übach-Palenberg 2009, hier: Bestimmung der zu ehrenden Bürger
- 21.2. Erwerb von Ackerland
22. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Gäste

Herr Hans Fleischauer	(zu TOP 4, 18:15 Uhr - 18:30 Uhr)
Herr Willi Stotzem	(zu TOP 4, 18:30 Uhr - 19:10 Uhr)
Herr Bert Dressen	(zu TOP 4, 18:30 Uhr - 19:10 Uhr)
Frau Claudia Weber	(zu TOP 4, 18:30 Uhr - 19:10 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Vertreter der Presse. Er begrüßte auch insbesondere die Gäste aus dem Ortsteil Frelenberg, die sicherlich am Thema Abgrabung Frelenberg interessiert seien. Er berichtete darüber, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung die Empfehlung ausgesprochen habe, erst im Januar die Thematik weiter zu beraten und abschließend zu beschließen.

Stadtverordneter **Weißborn** erinnerte daran, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zu den Inhalten des letzten Briefes der Firma Davids an die Fraktionen erstellen solle, wie dies in der Haupt- und Finanzausschusssitzung zugesagt worden sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass diese Angelegenheit selbstverständlich nicht vergessen werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll ließ daraufhin über die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zur Vertagung folgender Punkte abstimmen:

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte

5. Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung Frelenberg IV „Bildenstock/Stegherfeld“ der Firma Davids, Geilenkirchen und
6. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Firma Davids in Frelenberg, hier: Verkauf des städt. Grundstückes

werden von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses bzw. Rates im Januar 2009 erneut behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung ebenfalls zwei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Einführung und Verpflichtung einer Stadtverordneten**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass als Nachfolgerin der ausgeschiedenen Stadtverordneten Erika Tanzer Frau Norma Kuhlmei nachgerückt sei. Da Frau Kuhlmei bereits als sachkundige Bürgerin im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss verpflichtet worden sei, brauche dies für ihre Ratszugehörigkeit nicht mehr vorgenommen zu werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll begrüßte Frau Kuhlmei als neue Stadtverordnete im Kreis des Rates und gab seiner Hoffnung auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit Ausdruck.

2 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift zur letzten Sitzung des Rates vom 11.11.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.04.2008 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.04.2008 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

4 **Vorstellung und Beratung von Baukonzepten für das Grundstück am Rathausplatz**

Bürgermeister Schmitz-Kröll begrüßte Herrn Fleischhauer von der Firma mb-Housebuilding sowie Herrn Stotzem von der Heinrichs-Gruppe, Herrn Dessen und Frau Weber vom Architekturbüro Weber. Herr Zeuner von der Firma Concept-Consulting sei bei der heutigen Sitzung nicht anwesend, da er dem Rat sein Konzept bereits in der Septembersitzung vorgestellt und sich dieses nicht geändert habe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll übergab das Wort an Herrn Fleischhauer zur Präsentation des Vorhabens der Firma mb-Housebuilding.

Herr **Fleischhauer** stellte das Konzept anhand von Plänen und Zeichnungen vor. Er stand daraufhin für Rückfragen der Stadtverordneten zur Verfügung.

Auf Frage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Herr **Fleischhauer**, dass 32 Parkplätze als Tiefgarage realisiert werden sollen. Die Zufahrt hierzu erfolge von der Dammstraße. In der Mitte des Gebäudes sei ein freier Platz mit Begrünung vorgesehen. Der Bedarf für die Stellplätze sei aufgrund eines festen Berechnungsmodus durchgeführt worden und beruhe auf Angaben der Stadt und der WFA.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Gillen** erklärte Herr **Fleischhauer**, dass der Innenhof so gestaltet sei, dass er zu einer Belichtung der Wohnungen von der rückwärtigen Seite beitrage. Die Gestaltung werde mit einer attraktiven Begrünung durchgeführt und solle auch Aufenthaltsmöglichkeiten für die Bewohner bieten.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich nach der Stellplatzberechnung.

Herr **Fleischhauer** erklärte, dass innerhalb des Gebäudes 32 Parkplätze realisiert würden. Auf den vorgelagerten städtischen Bereich seien zusätzlich Parkplätze noch vorhanden, so dass man von insgesamt 40 Stellplätzen ausgehe.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Weinhold** erklärte Herr **Fleischhauer**, dass es sich bei dem Projekt um einen separaten Baukörper handele. Dieser sei freistehend und nicht mit dem angrenzenden Gebäude verbunden, da der Besitzer des Nachbargebäudes keine Zustimmung zum Anbau erteilt habe.

Herr **Fleischhauer** erklärte auf Nachfrage der Stadtverordneten **Krawanja** und **Meertens**, dass in dem Projekt barrierefreie Wohnungen errichtet würden und auch ein Aufzug die Erreichbarkeit sämtlicher Etagen gewährleiste. Insbesondere die Vorgaben der WFA seien hier berücksichtigt. Auch die Belange von Rollstuhlfahrern seien in die Planung mit eingeflossen.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Offermanns** und **Weinhold** erklärte Herr **Fleischhauer**, dass in dem Projekt eine Fläche von 1.000 qm für Gewerbefläche vorgesehen sei und insgesamt eine Wohnfläche von 3.500 qm in dem Projekt realisiert würden. Bei einem Kauf werde man das gesamte in Rede stehende Areal von der Stadt erwerben wollen. Hierin eingeschlossen sei auch das Grundstück für die Zufahrt zum Gebäude.

Bürgermeister Schmitz-Kröll bedankte sich bei Herrn Fleischhauer für die Präsentation und die Beantwortung der Fragen. Dieser nahm daraufhin wieder im Zuschauerraum Platz.

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat Herrn Stotzem, Frau Weber und Herrn Dressen von der Heinrichs-Gruppe zur Präsentation ihres Projektes.

Herr **Stotzem** erläuterte das Konzept zum betreuten Wohnen und Herr Dressen sowie Frau Weber erläuterten die baulichen Gegebenheiten zur Realisierung des Projektes anhand einer PowerPoint-Präsentation. Sie erklärten ebenfalls für Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

Herr **Stotzem** verweis darauf, dass ein vergleichbares Konzept der Heinrichs-

Gruppe auch gerne vor Ort in Heinsberg besichtigt werden könne. Er sei gerne bereit einen Ortstermin zu vereinbaren.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn** erklärte Herr **Dressen**, dass für die Geschäftslokale keine konkreten Interessenten benannt werden könnten. Es sei durchaus möglich, dass hier auch Tagespflegeeinrichtungen realisiert würden. Eine abschließende Bewertung und Auswahl sei noch nicht erfolgt.

Herr **Stotzem** ergänzte, dass die Tagespflege auch in Kooperation mit anderen Unternehmen realisiert werden könne. Hier sei man durchaus flexibel.

Herr **Dressen** erläuterte auf Nachfrage, dass die Brunnenanlage auf dem Rathausplatz nicht unbedingt störe. Ein Belassen oder Entfernen sei für die Realisierung des Projektes nicht maßgeblich.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Herr **Stotzem**, dass Erfahrungswerte mit Gruppenwohnungen auch schon in anderen Einrichtungen gewonnen werden konnten. Hier sei es selbstverständlich von Vorteil, dass sich die Gruppenmitglieder untereinander verstünden. Die Erfahrung zeige jedoch, dass dies durchaus gut funktioniere.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Gillen** erläuterte Herr **Stotzem** den Berechnungsmodus für das betreute Wohnen.

Stadtverordneter **Meertens** erkundigte sich danach, was passiere wenn eine Person eines Paares versterbe.

Herr **Stotzem** erläuterte, dass die Berechtigung zum Bezug der Wohnung über sogenannte Wohnberechtigungsscheine erfolge. Er könne sich nicht vorstellen, dass davon abhängig gemacht werde, ob jemand in der Wohnung verbleiben könne oder nicht.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Gillen** erklärte Herr **Stotzem**, dass der Pflegedienst immer vor Ort sei.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Herr **Stotzem**, dass die Heinrichs-Gruppe die komplette Planung, Errichtung und Umsetzung inklusiv des Pflegedienstes für dieses Projekt übernehme.

Stadtverordnete **Kuhlmey** erkundigte sich danach, welche Wohnungen mit einer Loggia ausgestattet würden.

Frau **Weber** erläuterte, dass fast sämtliche Wohnungen über den Zugang zu einer Loggia verfügen. Diese stehe jeweils hälftig für zwei Wohnungen zur Verfügung.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, ob für die Realisierung des Projektes auch die Finanzierung gesichert sei.

Herr **Stotzem** erläuterte, dass, wenn der Rat einen entsprechenden Beschluss fasse, schon im März 2009 die Bauarbeiten starten könnten.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Weinhold** erläuterte Herr **Stotzem**, dass die Anzahl der eingerichteten Arbeitsplätze von der Inanspruchnahme der Pflegedienstleistung durch die Bewohner abhängig sei. Es sei auf jeden Fall sicher, dass durch die Realisierung des Projektes Arbeitsplätze im Pflegebereich geschaffen würden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärten Herr **Stotzem** und Herr **Dressen**, dass mit der Fertigstellung des Projektes in eineinhalb Jahren ab heute gerechnet werden könne.

Bürgermeister Schmitz-Kröll bedankte sich bei Herrn Stotzem, Herrn Dressen und Frau Weber für ihre Vorstellung und Beantwortung der Fragen.

- 5 **Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildestock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen**
hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
-

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung im Januar 2009 zurückgestellt.

- 6 **Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Fa. Davids in Frelenberg, hier Verkauf des städtischen Grundstücks**
-

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung im Januar 2009 zurückgestellt.

- 7 **Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 10. Änderung**
hier: Aufstellungsbeschluss
-

Beschluss:

Die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd - wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 8 **Bebauungsplan Nr. 85 - David-Hansemann-Straße - 2. Änderung**
hier: Aufstellungsbeschluss
-

Beschluss:

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 – David-Hansemann-Straße - wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Forstwirtschaftsplan 2009

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, dass die CDU-Fraktion die ökologische und wirtschaftliche Notwendigkeit einer Häckselung im Herbacher Wald nicht nachvollziehen könne. Sofern die Breite des Weges eine ordentliche Nutzung nicht mehr zulasse, solle höchstens in Teilbereichen die Häckselung durchgeführt werden. Vielleicht könne diese sogar durch den städtischen Bauhof vorgenommen und auf eine externe Vergabe verzichtet werden. Die angesetzten 4.000 Euro sollten jedoch innerhalb des Forstwirtschaftsplanes verbleiben und an anderer Stelle eingesetzt werden.

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2009 wird mit folgender Änderung zustimmend zur Kenntnis genommen:

Die unter „7. Übrige Betriebsmaßnahmen“ angesetzten Kosten von 4.000 Euro für das Häckseln des am Boden liegenden Astholzes im Herbacher Wald auf ca. 20 Meter Breite und Verblasen des Häckselgutes im Wald werden für diese Maßnahme nicht angesetzt. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden für andere Maßnahmen genutzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Beteiligung am Verfahren zur Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln

hier: Sachlicher Teilabschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz, Teil 2: Region Aachen, Wassereinzugsgebiet der Rur

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg nimmt zu o.g. Änderung des Regionalplanes wie folgt Stellung:

Erforderliche Korrekturen:

- 1. Stadtteil Marienberg, Bereich südlich L 225, Bebauungsplan Nr. 95 der Stadt Übach-Palenberg: Sonderbaufläche liegt außerhalb der Potentiellen Überflutungsbereiche**
- 2. Stadtteil Marienberg, Bereich nördlich L 225, Bebauungsplan Nr. 59 der Stadt Übach-Palenberg und Flächen westlich der Wurm bis nördlich Sportplatz: hier handelt es sich nicht um Potentielle Über-**

- flutungsbereiche sondern nur in Teilen um Extremhochwasser-Bereiche außerhalb der Überschwemmungsbereiche
3. Stadtteil Marienberg, Bereich nördlich L 225, Flächen westlich der Wurm, In der Schley 7-13, Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 64, Flurstück 428: Die vorhandenen Wohnhäuser sollen aufgrund der Bausubstanz abgerissen werden. Bis zum vorhandenen Damm soll eine neue Baufläche entstehen. Seitens der BezReg wurde am 19.03.2008 eine mündliche Zusage erteilt. Eine landesplanerische Anfrage wird parallel vorgelegt. Keine Ausweisung als potentieller Überflutungsbereich.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11 Regionales Gewerbeflächenmanagement - Fortschreibung 2009

Beschluss:

Der Vorentwurf „Regionales Gewerbeflächenkonzept – Fortschreibung 2009“ der AGIT wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Stadt Übach-Palenberg wird beantragen, weitere Gewerbeflächen im GEP auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Einführung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts mit pädagogischer Übermittagsbetreuung am Carolus-Magnus-Gymnasium und der Städt. Realschule

Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass entsprechende Beschlüsse der Schulkonferenzen erfolgen, wird der Einführung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts mit pädagogischer Übermittagsbetreuung zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Förderanträge zu stellen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2009 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er schon in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung die Auffassung der CDU-Fraktion bekannt gegeben habe. Man sei grundsätzlich bereit, die kommenden zwei Jahre auf eine technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg zu verzichten. Man könne sich allerdings auch durchaus mit dem Vorschlag eines vorläufig einjährigen Verzichts anfreunden.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, dass bei der Gegenüberstellung der Kosten der Prüfung durch den Kreis Heinsberg, dem Angebot der Gemeindeprüfungsanstalt sowie einer einzustellenden Halbtagskraft die Effizienz der Personalaufstockung durchaus vorteilhafter sei. So könne ein möglicher Prüfauftrag über einen Zeitraum von 968 Stunden erfolgen, was sich mit Sicherheit auf die Qualität und die Tiefe der Prüfung positiv auswirken könne.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass in Bezug auf die in der Haupt- und Finanzausschusssitzung angefragte Zusammenarbeit mit der Stadt Aachen bisher noch keine abschließende Mitteilung vorliege.

Stadtverordneter **Weißborn** sprach sich dafür aus, ein Jahr auf eine technische Prüfung zu verzichten und im Nachhinein die Erfahrungen im Rat zu diskutieren. Er denke, dass die Verwaltung auch durchaus in der Lage sei, an den Rat heranzutreten und den Auftrag für eine externe Prüfung zu bestimmten Maßnahmen zu fordern. Er denke, dass eine flexible Handhabe hier durchaus auch sinnvoll sein könne.

Stadtverordneter **Rißmayer** sprach sich ebenfalls dafür aus, grundsätzlich auf eine technische Prüfung zu verzichten und im Bedarfsfall einen Prüfauftrag an Dritte zu vergeben. Sofern sich herausstellen sollte, dass der Verzicht nicht sinnvoll sei, spreche er sich dafür aus, eine eigene Kraft hierfür einzustellen.

Stadtverordneter **Dieckmann** erinnerte daran, dass im kommenden Jahr einige umfangreiche Baumaßnahmen anstünden, wie z.B. die Realisierung des Freibades.

Stadtverordneter **Weißborn** sprach sich dafür aus, der Verwaltung in dieser Frage mehr Vertrauen zu schenken. Auch andere Kommunen verfügen nicht über eine technische Rechnungsprüfung. Im Kreis Heinsberg verfüge lediglich die Stadt Wegberg über einen technischen Prüfer. Zudem sei auch in früheren Jahren eine technische Prüfung bei der Stadt Übach-Palenberg nicht durchgeführt worden und dies habe auch funktioniert.

Stadtverordneter **Dieckmann** zeigte sich verwundert über die Auffassung des Stadtverordneten Weißborn, dass er im vorliegenden Fall der Verwaltung pauschal ein so hohes Vertrauen ausspreche, jedoch in anderen Fragen die Verwaltungsarbeit sehr kritisch sehe. Er sehe es so, dass Vertrauen gut sei, jedoch eine Kontrolle besser. Weiterhin stelle er sich die Frage, wie die Prüfung in der kommenden Zeit aussehen solle. Er könne sich kaum vorstellen, dass der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes den Prüfungsaufwand so mittragen könne. Hierzu sei von Seiten der SPD und CDU nichts gesagt worden.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass der Verzicht auf eine zusätzliche technische Prüfung nicht bedeute, dass ganze Maßnahmen einer Kontrolle durch das Rechnungsprüfungsamt entzogen seien. Er sehe aus seiner langjährigen Ratserfahrung und auch als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss die vorhandenen Möglichkeiten als durchaus ausreichend und sinnvoll an. Im Bedarfsfall könne man sich externen Sachverständigen bedienen.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass er durchaus Vertrauen in die sorgfältige Arbeit der Verwaltung habe. Für die bedarfsweise Zusammenarbeit in Sachen technischer Rechnungsprüfung solle auch die Mitteilung der Stadt Aachen in dieser Frage mit einbezogen werden.

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg verzichtet für das kommende Jahr grundsätzlich auf eine technische Rechnungsprüfung. Die Verwaltung wird dem Rat über die Erfahrungen berichten.

Abstimmungsergebnis:

**26 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen**

14 Prüfung der Jahresrechnung 2007 und Entlastung des Bürgermeisters

Stadtverordneter **Dieckmann** berichtete darüber, dass der Rechnungsprüfungsausschuss die Empfehlung zum Beschluss der Jahresrechnung 2007 und der uneingeschränkten Entlastung des Bürgermeisters gegeben habe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wirkte aus Befangenheitsgründen an diesem Beschluss nicht mit.

Beschluss:

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 gemäß § 103 Abs. 1 Ziffer 1 GO NW wird als Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 101 Abs. 3 GO NW übernommen. Der Rat stellt in Übereinstimmung mit dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Rechnungsprüfungsamt fest, dass

- 1. der Haushaltsplan eingehalten ist**
- 2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,**
- 3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,**
- 4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweise des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.**

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt die geprüfte Jahresrechnung 2007 gem. § 94 GO NW und erteilt zugleich dem Bürgermeister Entlastung ohne Einschränkung.

Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in den allgemeinen Berichtsband soll zusammen mit der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses des Stadtrates über die Jahresrechnung 2007 und die Entlastung des Bürgermeisters hingewiesen werden.

Abschlussergebnis:

Die Jahresrechnung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2007 schloss mit folgenden Gesamtbeträgen ab:

Einnahmen/Ausgaben	Verwaltungs- haushalt Euro	Vermögens- haushalt Euro	Gesamt- haushalt Euro
1	2	3	
Soll-Einnahmen	49.153.289,22	8.180.153,17	57.333.442,39
+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	364.100,00	364.100,00
- Abg. alter Haush.-Einnahmereste	0,00	186.250,00	186.250,00
- Abg. alter Kasseneinnahmereste	38.102,13	0,00	38.102,13
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	49.115.187,09	8.358.003,17	57.473.190,26
Soll-Ausgaben	48.613.847,55	5.183.792,78	53.797.640,33
+ Neue Haushaltsausgabereste	529.309,40	3.174.210,39	3.703.519,79
- Abg. alter Haushaltsausgabereste	27.969,86	0,00	27.969,86
- Abg. alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	49.115.187,09	8.358.003,17	57.473.190,26
Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Schmitz-Kröll nahm an der Abstimmung nicht teil.
Er bedankte sich beim Stadtrat für die einstimmige Entlastung.

15 Umbesetzung von Ausschüssen

hier: Antrag nach § 50 III 5 GO NRW der CDU-Fraktion vom 19.11.2008

Beschluss:

Folgende Ausschüsse werden wie folgt neu besetzt:

Ausschuss für Jugend und Soziales

Mitglied	Vertreter alt	Vertreter neu
Fröschen Fred	Sonntag, Richard	McLarren, Steven

Ausschuss für Schule, Sport und Kultur

Mitglied	Vertreter alt	Vertreter neu
Brade, Bernd	Sonntag, Richard	Czervan-Quintana, Martina
Ulrich, Jörg	Reuters, Peter-Josef	Kremer, Dirk
Ruland, Winand	Ulrich, Jörg	McLarren, Steven

Wahlprüfungsausschuss

Mitglied	Mitglied neu	Vertreter alt	Vertreter neu
Sonntag, Richard	Konrads, Herbert	Konrads, Herbert	Langa, Rene

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

16 Erweiterungen zur Tagesordnung

16.1 Umbesetzung von Ausschüssen

hier: Vorschlag der SPD-Fraktion nach § 50 III 5 GO NRW vom 28.11.2008

Beschluss:

Folgende Ausschüsse werden wie folgt neu besetzt:

Haupt- und Finanzausschuss:

- als Ersatz für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Paul Josef Gerschel wird der Stadtverordnete Georg Overländer als Mitglied benannt.
- Als Ersatz für die ausgeschiedene Stadtverordnete Erika Tanzer wird die Stadtverordnete Bärbel Bartel als Mitglied benannt.
- Als Ersatz für die Vertreterin Bärbel Bartel wird die, noch zu vereidigende, Frau Norma Kuhlmeier benannt.
- Als Ersatz für den Vertreter Georg Overländer wird der Stadtverordnete Herbert Mlaker benannt.

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss:

- Für den ausgeschiedenen Vertreter Paul Josef Gerschel wird die Stadtverordnete Eva Maria Piez benannt.
- Für die ausgeschiedene Vertreterin Erika Tanzer wird der Stadtverordnete Heiner Weißborn benannt.

Schul-, Sport- und Kulturausschuss:

- Für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Paul Josef Gerschel wird Herr Alf Ingo Pickartz als sachkundiger Bürger benannt.

Jugend- und Sozialausschuss:

- Für die ausgeschiedene Stadtverordnete Erika Tanzer wird Herr Hüseyin Salin als sachkundiger Bürger benannt.

Rechnungsprüfungsausschuss:

- Für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Paul Josef Gerschel wird der Stadtverordnete Heiner Weißborn benannt.
- Für die ausgeschiedene Vertreterin Erika Tanzer wird der Stadtverordnete Matthias Spätgens benannt.

Wahlprüfungsausschuss:

- Für die ausgeschiedene Stadtverordnete Erika Tanzer wird der Stadtverordnete Herbert Mlaker benannt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

16.2 Umbesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen

hier: Vorschlag der SPD-Fraktion nach § 50 IV 3 GO NRW vom 28.11.2008

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die Vorschläge zur Wahl der Vertreter in folgenden Gremien zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Paul Josef Gerschel im Beirat der West wird der Stadtverordnete Joachim Fröhlich gewählt.
2. Für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Paul Josef Gerschel in der Gesellschafterversammlung der WfG wird der Stadtverordnete Heiner Weißborn gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

16.3 Benennung eine/r/s Vertreter/s/in des Schulträgers mit beratender Stimme nach § 61 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Bestellung der Schulleiterin oder des Schulleiters)

Stadtverordneter **Gudduschat** schlug im Namen der CDU-Fraktion vor, dass er als Ersatz für den bisherigen Vertreter, Herrn Günter Weinen, gewählt werde.

Beschluss:

Bei der Wahl von Schulleiterinnen oder Schulleitern an allen Schulen in der Schulträgerschaft der Stadt Übach-Palenberg wird gem. § 61 Abs. 2 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Herr Gerd Gudduschat

als Vertreter mit beratender Stimme für den aus dem Rat der Stadt ausgeschiedenen Stadtverordneten Günter Weinen benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat die Fraktionen um Mitteilung über eventuelle Änderungswünsche zu den Sitzungsterminen für das Jahr 2009.

Stadtverordneter **Weißborn** beantragte, die Ratssitzung vom 27. Januar auf den 10. Februar 2009 zu verschieben.

Stadtverordneter **Gudduschat** beantragte, dass die Haupt- und Finanzausschuss- sowie Ratssitzung um eine Woche verschoben werden und somit am 01.09. bzw. 08.09.2009 stattfinden.

Gegen diese Vorschläge wurden keine Bedenken vorgebracht.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass vor Gericht ein Vergleich geschlossen wurde zwischen dem Betreiber eines Einzelhandelsgeschäftes an der Friedrich-Ebert-Straße/Borsigstraße und dem Kreis Heinsberg. Die Firma habe darin eingewilligt, den Verkauf von Bekleidungsartikeln zum 30.06.2009 einzustellen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies auf den Neujahrsempfang bei der Partnerstadt Rosny-sous-Bois hin. Dieser finde am 08.01.2009 statt und er bitte die Fraktionen, dass ihm die Teilnehmer dieser Fahrt mitgeteilt würden.

Von Seiten der SPD-Fraktion wurden die Stadtverordneten Norma Kuhlmei und Eva Maria Piez benannt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat darum, dass sich die weiteren Teilnehmer bitte bei seinem Vorzimmer oder beim Schriftführer Schröder anmelden.

Beigeordneter **Schlüter** berichtete darüber, dass das ehemalige Hotel Ernst sowie die stadt eigenen Häuser an der Heinsberger Straße bis Ende Januar 2009 abgebrochen würden. Die beauftragte Firma habe aufgrund von Kapazitätsproblemen erst im neuen Jahr die Möglichkeit zur Ausführung der Arbeiten.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** gab bekannt, dass er von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Heinsberg einen Aktenvermerk über ein Telefonat von Herrn Geschäftsführer Dr. Steiner mit Prof. Stellberg von der FH Aachen erhalten habe. Er zitierte hieraus:

„Ich rief Herrn Prof. Stellberg an und gratulierte zunächst zum eindrucksvollen Bestehen des NRW-Wettbewerbs und der damit verbundenen Möglichkeit zur Schaffung weiterer 500 Studienplätze an der Fachhochschule Aachen.

Zum Stand der Pläne, einen Ausbildungsgang „Physiotherapie“ (ggf. in Übach-Palenberg) einzurichten, erfuhr ich folgendes:

- Das Land NRW verfolgt im Rahmen der Akademisierung nichtärztlicher Heilberufe den Plan, eine neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe (Standort voraussichtlich im Ruhrgebiet) einzurichten. Seitdem haben sich die Aussichten der FH Aachen verschlechtert, das Thema Physiotherapie zu besetzen. Die Meinungslage sei hierzu im Land aber nicht einheitlich.
- Die FH Aachen arbeitet weiter mit Hochdruck daran, einerseits die fachliche Seite zu planen und andererseits die finanziellen und sonstigen Rahmenbedin-

gungen zu klären, zu denen eine Physiotherapie-Ausbildung an der FH Aachen zukünftig erfolgen könnte. Man hofft, etwa Mitte Februar hierzu eine bessere Einschätzung zu haben.

- Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Probleme wird die Frage der Standortung derzeit nicht als vorrangig angesehen. Wir (Stadt Übach-Palenberg und WFG) können derzeit auch nichts tun, um die FH in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Abschließend haben wir uns verabredet, Mitte Februar wieder zu telefonieren.“

18 Einwohnerfragestunde

Herr Peter **Kunz** aus Frelenberg erkundigte sich nach dem weiteren Verfahren bezüglich der Planung und Genehmigung der Abgrabung Frelenberg und wie die Information der Bevölkerung aussehe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass in der Haupt- und Finanzausschuss- und Ratssitzung im Januar bzw. Februar 2009 die Thematik wieder behandelt werde. So haben es der Haupt- und Finanzausschuss und heute auch der Stadtrat beschlossen.

Hierzu seien selbstverständlich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

Anfragen

Anfrage 1 des Stadtverordneten Offermanns

Stadtverordneter **Offermanns** erkundigte sich danach, für welche Zwecke die Doppelzimmer im Schloss Zweibrücken vorgehalten würden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass im Schloss Zweibrücken vor fünfzehn Jahren mit dem Umbau auch die Anlage mehrerer kleiner Appartements vorgesehen war. Diese würden den Teilnehmern von Tagungen und Vorstandssitzungen des Deutschen Klöppelverbandes (dem Hauptmieter im Schloss) gegen Entgelt zur Verfügung gestellt.

Anfrage 2 der Stadtverordneten Offermanns

Stadtverordneter **Offermanns** erkundigte sich danach, wann mit dem Bau der Schokoladenfabrik gerechnet werde. Der Bürgermeister habe seinerzeit darüber berichtet, dass nach der Sommerpause hiermit begonnen werde. Bisher sei jedoch noch nichts geschehen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass bereits die CDU-Fraktion in der letzten Sitzung eine diesbezügliche Anfrage gestellt habe, die mit einem Schreiben der Firma Choc1 sehr ausführlich beantwortet worden sei. Dieses Schreiben sei allen

Stadtverordneten mit dem damaligen Protokoll zur Verfügung gestellt worden. Er verwies auf den Inhalt dieses Schreibens.
Zudem sei auch in der Tagespresse hierüber ausführlich berichtet worden.

Anfrage 1 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich nach der Einführung des Multibusses zum Fahrplanwechsel 2008/2009. Dieser solle insbesondere auch auf den weniger frequentierten Buslinienstrecken eingesetzt werden. Er hoffe, dass von Seiten der Stadt Informationen hierzu auch an die Bevölkerung gegeben werden könnten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass diese Information nur in Verbindung mit der WestEnergie und Verkehr als Betreiberin erfolgen könne. Die Verwaltung werde die ihr zur Verfügung stehenden Informationen gerne an die Ratsmitglieder leiten aber auch über ihre Internetseite und die entsprechenden Medien veröffentlichen.

Stadtverordnete **Gillen** bat darum, dass auch zusätzliche Informationen bezüglich der Behindertentauglichkeit oder der Transportfähigkeit von Kinderwagen hierzu abgeklärt und bereitgestellt werden mögen.

Anfrage 2 der CDU-Fraktion

Stadtverordnete **Gillen** erkundigte sich danach, ob es ähnlich wie in dem 1995 geschlossenen Vertrag zu der Kiesabgrabung in Scherpenseel auch für Frelenberg vereinbarte Sperrgrundstücke gebe, die nicht für eine Abgrabung verwendet werden dürfen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll verneinte dies.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.55 Uhr die Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20.45 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer